

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Federführender Fachbereich Büro der Bürgermeisterin		Drucksachen-Nr. <b>569/2003</b>
		<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
		<input type="checkbox"/> <b>Nicht öffentlich</b>
<b>Beschlußvorlage</b>		
<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Art der Behandlung</b> (Beratung, Entscheidung)
<b>Rat</b>	<b>13.11.2003</b>	<b>Entscheidung</b>

**Tagesordnungspunkt A 5**

**Resolution "Rettet die Kommunen- Reformen statt Kahlschlag" des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**

**Beschlußvorschlag:**

@->

Der Rat beschließt die in der Vorlage formulierte Resolution zur Reform der Gemeindefinanzen.

<-@

## **Sachdarstellung / Begründung:**

@->

Die Stadt Bergisch Gladbach unterstützt die von den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Städtetag) initiierte bundesweite Kampagne "**Reformen statt Kahlschlag**". Ziel ist es, bundesweite Proteste von Bürgern und Kommunen nach Berlin zu tragen, um deutlich zu machen, daß Deutschland im Interesse der Menschen und der Wirtschaft starke und lebenswerte Städte und Gemeinden braucht.

Die Diskussion um die Gemeindefinanzreform tritt in die entscheidende Phase. Ohne eine echte Reform droht ein beispielloser Kahlschlag in den kommunalen Dienstleistungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, z. B. in der Kultur, bei den Schulen und in der Weiterbildung, im Sport oder in der Jugend- und Sozialarbeit – Einschnitte, wie sie dieses Land und unsere Stadt noch nicht gesehen haben. Bund und Länder dürfen sich ihrer Verantwortung für die Städte und Gemeinden nicht länger entziehen. Deutschlands Städte und Gemeinden fordern daher „Reformen statt Kahlschlag!“

Wir wollen den Bürgern und Bürgerinnen klar machen, daß die Kommunen unter den vorhandenen Rahmenbedingungen keine Chance auf Sanierung und nachhaltige Entwicklung mehr haben. Mit der Aktion "**Rettet die Kommunen!**" wollen wir auch der drohenden Entsolidarisierung in den Städten und Gemeinden entgegenwirken.

Um diese Forderung zu unterstreichen will auch die Stadt Bergisch Gladbach vor der entscheidenden Phase der Beschlußfassung zur Reform der Gemeindefinanzen ein Signal an die politischen Entscheidungsträger senden.

Die Bürgermeisterin empfiehlt dem Rat daher, sich der Kampagne anzuschließen und die nachstehende Resolution zu fassen und an den Bundeskanzler, die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen, den Bundesrat, den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die hiesigen Bundestags- und Landtagsabgeordneten zu senden.

**„Reformen statt Kahlschlag“**  
**Resolution des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**  
**zur Reform der Gemeindefinanzen**

Die Stadt Bergisch Gladbach befindet sich wie alle anderen Kommunen in ihrer schlimmsten finanziellen Krise seit der Gründung der Bundesrepublik.

Die Stadt Bergisch Gladbach ist empört darüber, wie sie in dieser Situation von Bund und Ländern hingehalten und getröstet wird. Damit muss endlich Schluss sein!

Deutlicher denn je zeigt sich: Die Städte und Gemeinden sind recht- und schutzlos gegenüber der Politik der Länder und des Bundes. Dies ist mit dem Aufbau unseres demokratischen Staates und dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung nicht vereinbar. Es wird ignoriert, dass es sich bei der Gemeindefinanzreform um eine historische Weichenstellung für die Demokratie vor Ort handelt.

Wenn es bis zum 1. Januar 2004 keine nachhaltige Verbesserung der Finanzen der Städte und Gemeinden geben wird, tragen Bund und die Länder die volle politische Verantwortung

- für massive Einschnitte in die öffentlichen Dienstleistungen in Bergisch Gladbach
- für einen Investitionsstopp in Bergisch Gladbach,
- für einen fortschreitenden Verfall der hiesigen Infrastruktur,
- für die Schließung von Einrichtungen in Bergisch Gladbach und
- für die Streichung der freiwilligen Leistungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich.

Die Stadt Bergisch Gladbach schließt sich daher den Positionen des Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes an und stellt folgende Forderungen:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert die Entscheidungsträger in Bund und Land auf, nach Jahren der Untätigkeit und der Missachtung kommunaler Interessen für eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzlage zu sorgen.  
Wir brauchen zum 1. Januar 2004 eine gestärkte und verstetigte Gewerbesteuer und wirksame Entlastungen bei den Ausgaben.
2. Auch das Land Nordrhein-Westfalen trägt große Verantwortung für das Schicksal seiner Städte. Deshalb wird an die Landesregierung und den Landtag, aber auch die Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen, appelliert, jede Einflussmöglichkeit im Gesetzgebungsverfahren zu nutzen, um einer echten Gemeindefinanzreform zum Durchbruch zu verhelfen.
3. Die Städte in Nordrhein Westfalen fordern eine berechenbare und verlässliche Gewerbesteuer. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Schließung von Steuerschlupflöchern für Konzerne, die sich in der Vergangenheit aus der Finanzierung der städtischen Infrastruktur weitgehend verabschiedet haben. Die Stadt Bergisch Gladbach fordert Bundestag und Bundesrat auf, diese Schritte in die richtige Richtung nicht wieder in Frage zu stellen.
4. Wir fordern sofort wirksame Finanzhilfen in Ergänzung der Reformbemühungen. Diese sind längst überfällig. Unsere städtischen Dienstleistungen dürfen nicht länger darunter leiden, dass sich Bund und Länder nicht auf Lösungen zur Verbesserung der kommunalen Leistungsfähigkeit einigen können. Halbherzige Übergangslösungen sind kein Ersatz für die notwendigen Reformen.

5. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert, von Sozialausgaben in Millionenhöhe entlastet zu werden. Das hat die Bundesregierung versprochen. Die Aufgabenträgerschaft und Finanzverantwortung des Bundes für die zusammengeführte Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist für eine solche Entlastung unverzichtbar. Sie darf aber nicht dazu genutzt werden, dass der Bund ausschließlich sich selbst statt die Kommunen entlastet. Eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit wäre eine arbeitsmarktpolitische Sackgasse zum Schaden der Arbeitslosen und der Kommunen. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach lehnt eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit entschieden ab.
6. Die Stadt Bergisch Gladbach fordert das Land Nordrhein-Westfalen auf, die drastischen Kürzungen in seinem Entwurf zum Landeshaushalt für 2004 und 2005 in ihrer Wirkung zu überprüfen und neu zu bedenken. Dieser Kahlschlag mittels „Rasenmähermethode“ trifft beispielsweise den Bereich der Beratungsangebote, den Landesjugendplan, die Förderung der Kindertageseinrichtungen, die Förderung von Kultur und Weiterbildung sowie die Arbeitsmarktpolitik. Diese Kürzungen führen neben ihren unmittelbaren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt gerade in einer Stadt wie Bergisch Gladbach, die ihre Infrastruktur in hohem Maße in Kooperation mit freien Trägern sichert, zu erheblichen Problemen und einschneidenden Auswirkungen.
7. Der Rat appelliert an die Verbände, Organisationen und Initiativen der Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort mit der Stadt Bergisch Gladbach zusammenarbeiten und auch auf kommunale Leistungen und Einrichtungen angewiesen sind, eine wirkungsvolle Reform der Gemeindefinanzen zu unterstützen und mitzuhelfen, gegenüber dem Bund und dem Land die Bedeutung sicherer Kommunalfinanzen für die Bürgerinnen und Bürger zu verdeutlichen.
8. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach ermutigt die zahlreichen Politikerinnen und Politiker in und aus unserem Land, die sich für die notwendige Abwendung der verheerenden Finanzkrise der Städte einsetzen, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.

<-@